



Junge Union Kreisverband Göttingen
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen

Der Pressesprecher
Yekta Yildirim

E-Mail: kreis@ju-goettingen.de
Homepage: www.ju-goettingen.de

[Junge Union Kreisverband Göttingen, Reinhäuser Landstraße 5, 37083 Göttingen](#)

An die Presse

Göttingen, 18. April 2019

Pressemitteilung: Junge Union Kreisverband Göttingen kritisiert SPD für versuchte Einführung von Gesamtschulen durch die Hintertür

„In der Vergangenheit hat die SPD sich stets gegen die Erhaltung von kleinen, regionalen Schulstandorten gesperrt und dafür gesorgt, dass diese geschlossen oder zu immer mehr Gesamtschulen zusammengeführt und so die Schulen in der Fläche geschwächt werden“, so Louis Schacht, Vorsitzender des Junge Union Kreisverbandes.

Dass die SPD auf ihrem Unterbezirksparteitag nun beschlossen hat sich verstärkt für „Zwergenschulen“ in der Fläche einzusetzen ist eine begrüßenswerte Einsicht, in Anbetracht der Aussagen führender Sozialdemokraten in der Vergangenheit, kritisiert die Junge Union dies jedoch als scheinheilig. So sagte Kreisrat Riethig noch im vergangenen Jahr: „Wir werden Schulen schließen müssen. Als nächstes reden wir in diesem Jahr noch über Bad Grund und Bad Sachsa.“

Im selben Zuge fordert die SPD nun die Herabsenkung der Landesvorgaben von vier Zügen pro Jahrgang auf nur noch drei Züge für die Einrichtung von Gesamtschulen. In der Pressemitteilung der SPD wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der bestehenden Landesvorgaben die Einrichtung von Gesamtschulen in Hann. Münden und Duderstadt bisher stets gescheitert ist. Richtig ist vielmehr, dass Elternverbände sich bei Befragungen stets gegen die Einrichtung von Einheitsschulen ausgesprochen haben.

„Die SPD kann mit der Herabsenkung der Vierzügigkeit nur darauf aus sein mehr Gesamtschulen durch die Hintertür zu ermöglichen, anstatt sich für die Stärkung und den Erhalt der Oberschulen, beispielsweise in Hattorf, Bad Sachsa und Badenhausen einzusetzen“, so Louis Schacht weiter.

Die Junge Union kritisiert diese scheinheilige Politik der SPD und fordert den Bildungsdezernenten Riethig und Landrat Reuter auf, sich klar für die bestehende Schulvielfalt auszusprechen und keine schulideologische Politik an den Wünschen der Elterninitiativen und Betroffenen vorbei zu betreiben.